Bezugs-Preis

in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.

Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.

Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.

Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig

№ 135. **Sonntag** den 15. März 1896. **90. Jahrgang.**

Aus der Woche.

Q. Wir haben den conservativen Versuch, eine Bewegung gegen die obligatorische Civilehe zu erregen, von Anbeginn nicht sehr tragisch genommen, weil wir sicher waren, daß die evangelischen Geistlichen nur zum kleinen Theil und die Laien überhaupt nicht für die Beseitigung einer Einrichtung zu gewinnen sein würden, die viele Vortheile und keine Nachtheile mit sich bringt. Das Ungeschick, mit dem der „Reichsbote" die Sache anfaßte, war ein nebensächlicher, aber nicht ganz zu verachtender Factor in unserer Rechnung, die sich nunmehr als richtig erweist. Es ist aus der Bewegung nichts geworden und es wird auch weiterhin nichts daraus werden. Die Conservativen können herzlich froh sein, daß sie Dank dem entschiedenen Eingreifen der Fraction der Reichspartei schon in der Commission mit ihrem Antrag in der Minderheit bleiben. Sie entgehen dadurch Vorwürfen aus dem eigenen Lager, die nicht ausgeblieben wären, wenn die Commission in der Ehescheließungsangelegenheit mit Vorschlägen vor das Plenum getreten wäre, die die Signatur der römischen Kirche getragen hätten. Im Centrum hat man sich zurückgehalten, eben um es nicht zu deutlich erkennen zu lassen, daß mit der Action nur dem ultramontanen Interesse gedient wird. Aber die Conservativen im Lande haben sich klüger gezeigt als ihre parlamentarischen Führer. Graf Limburg-Stirum hat erkannt, daß für ihre Partei mit einer Waare von klerikaler Beschaffenheit nichts zu „machen" ist, auch wenn sie die evangelische und conservative Etiquette trägt. Lassalle hat, als man ihn einmal auf den Widerspruch zwischen seiner Forderung der Productivgenossenschaften mit Staatshilfe und seinem ökonomischen System aufmerksam machte, mit einem entsetzlich cynischen Worte den Zweck der praktischen oder praktisch scheinenden Forderung bezeichnet. Die conservativen Führer tragen das Herz nicht auf der Zunge, aber es steht zu vermuthen, daß sie mit dem Project der facultativen Civilehe gleichfalls nichts Anderes bezweckten, als den in ihrer Treue schwankenden Anhängern, insbesondere den geistlichen, etwas „zu bieten", wovon sie glaubten, daß es in seinem Wesen verkannt und deshalb geschätzt werden würde. Glücklicherweise haben sie sich im letzteren Punkte getäuscht, aber nicht nur wegen des praktischen Mißerfolges ist es kein Ruhmesblatt der conservativen Geschichte, auf dem diese Campagne verzeichnet ist.

Ist in der Commission die dem bürgerlichen Gesetzbuch von dem Eheschließungsantrag drohende Gefahr abgewendet, so geht im Uebrigen ihre Arbeit in keineswegs vielversprechender Weise von Statten. Die Berathung schreitet in einem Tempo fort, das den Verdacht nahe legt, die Leitung wolle vor allen Dingen verhüten, daß der ganze Entwurf noch in dieser Tagung in das Plenum zurückgelangen kann. Die Erledigung von Bruchstücken würde aber werthlos sein und es nicht ersparen, daß in der nächsten Session die Arbeit von vorn angefangen werden müßte, es sei denn, man entschlösse sich, im Sommer den Reichstag zu vertagen, anstatt ihn zu schließen. Dieses Verfahren bringt aber, wie man in der Session 1890/92 zur Genüge erfahren hat, erhebliche Unzuträglichkeiten mit sich.

Die Aussicht auf eine „Rettung" der Commissionsarbeiten für den nächsten Winter würde jedenfalls nur üble Folgen haben, da sie einen Entschuldigungsgrund für eine weitere Verlangsamung der Arbeiten in diesem Jahre abgäbe. Es geschieht schon jetzt wenig genug; die zehntägige Pause, die man Ende Februar in den Vollsitzungen hatte eintreten lassen, hat den Geschäftsgang im Plenum erheblich beeinträchtigt, ohne dem in den Commissionen zu beschleunigen.

Der politische Schwerpunct der parlamentarischen Thätigkeit liegt zur Zeit in der Börsenvorlage, in deren zweite Berathung die Commission demnächst eintritt. Die außerparlamentarischen Einwirkungen, die in der vergangenen Woche auf die Gestaltung dieser Angelegenheit versucht worden sind, haben an dieser Stelle wiederholte Würdigung gefunden. Der Erfolg wird sich zeigen. Jedenfalls könnte eine Aufhebung des Beschlusses, den börsenmäßigen Terminhandel in Getreide zu verbieten, nicht auf die von Handelskreisen ausgegangene Agitation zurückgeführt werden. Dieses Verbot wäre von der Regierung unter keinen Umständen acceptirt worden und wird allem Anschein nach schon in der Commission wieder fallen gelassen werden. Für den neuen „Schutzverband" wird ja aber sonst noch genug zu schützen übrig bleiben, vor Allem er selbst. Herr Eugen Richter begründet seine Geburt mit einem Artikel, der nicht viel anders als eine Kriegserklärung aussieht. Er zeigt sich schwer, sehr schwer beleidigt, weil die Bamberger, Schrader, Brömel und Barth, „die auch nicht zur Classe der Kaufleute und Industriellen gehören", zur Begründungsversammlung eingeladen waren und er, Richter, an dessen Kampf gegen die Agrarier jeder Sitzungstag des Parlaments erinnert, in „verletzender Weise ignorirt" worden ist. Der selige Minister v. Luh würde da ausgerufen haben: „Eine von einer gekränkten Leberwurst gekränkte Leberwurst".

Deutsches Reich.

* **Berlin**, 14. März. Die „Nordd. Allg. Ztg." wendet sich an leitender Stelle gegen die Protestkundgebungen, die „im Namen des Kaufmannsstandes" jüngst gegen das Börsengesetz von Seiten des „Ehrbaren Kaufmanns" in Hamburg, des Deutschen Handelstages und des neugegründeten Schutzverbandes zur Abwehr agrarischer Uebergriffe erfolgt sind. Das genannte Blatt schreibt u. A.: „Wenn die gedachten Protestkundgebungen sich gegen das Börsengesetz als solches, gegen die Absicht, eine gesetzliche Einwirkung auf die Entwickelung der Börse zu üben, richten, so greifen sie jedenfalls über das zugestandene Recht der Kritik einzelner Vorschläge und der Rathsertheilung behufs besserer Formulirung hinaus. Daß an der Börse Mißstände bestehen, daß sich im Börsenverkehr Auswüchse gebildet haben, die sowohl dem legitimen Handel wie den allgemeinen wirthschaftlichen Interessen schädlich sind, bedarf keines Beweises mehr, ist auch von den verschiedensten Rednern auf dem Handelstage selbst anerkannt worden. Recht und Pflicht des Staates aber ist es, einzuschreiten, wo immer derartige Mißstände und Auswüchse sich zeigen mögen, ob es an der Börse oder sonstwo geschieht. Der Kaufmannsstand kann daher nicht beanspruchen, daß er außerhalb des Gesetzes gestellt werde und er allein eine Ausnahmestellung erhalte, indem die Gesetzgebung darauf verzichten müßte, Angelegenheiten der Börse zu regeln. Die von gedachten Versammlungen gegen ein Börsengesetz überhaupt gerichtete Kritik ist also verfehlt und unberechtigt, und was die Einzelpuncte betrifft, in denen besonders scharf die Mißstimmung dort hervorgetreten ist, so hätte doch nicht unbeachtet bleiben dürfen, daß es nicht Bestimmungen der Vorlage, also Absichten der verbündeten Regierungen, sondern Vorschläge der Commission des Reichstags waren, theils sogar solche, denen die Regierungsvertreter lebhaft entgegengetreten sind, über welche man glaubte, am lautesten Beschwerde erheben zu müssen. Es war also ungerechtfertigt und ungerecht, ein Mißtrauen gegen die Absichten der Regierung kundzugeben, zumal da doch Herr von Boetticher ausdrücklich einmal die dem Handelsstande schuldige Achtung und Anerkennung und zweitens den Umstand hervorgehoben hatte, daß es keiner der verbündeten Regierungen einfalle, der freien Entfaltung des Handels und der Industrie Hindernisse in den Weg legen zu wollen, daß vielmehr nichts weiter beabsichtigt werde, als unlauteren Praktiken und gewissen Auswüchsen im Wege der Gesetzgebung ein Ende zu machen, die, wie bei der Börsenenquete festgestellt und vom Handelsstande selbst zugestanden worden, bestehen und ebenso ihn wie allgemeine Interessen schädlich beeinflussen. Wenn man aber im Eifer sogar von einer dem Handelsstande feindlichen Tendenz der Regierungspolitik gesprochen hat, so genügt der Hinweis auf die fortgesetzte und intensive Förderung, welche den Handelsinteressen zu Theil geworden ist, deren Wirkungen jede Handelsstatistik, insbesondere auch die Hamburgs, seit dem Bestehen einer Reichspolitik und dem Zollanschlusse, zeigen, um klar zu stellen, daß dieser gegen die Reichsregierung erhobene Vorwurf ebenso unhaltbar wie unhaltbar ist."

* **Berlin**, 14. März. Der Ω-Mitarbeiter des „Leipziger Tageblattes" hat schon einen Artikel der „Corresp. des Bundes der Landwirthe" gewürdigt, der der Centrumspartei klar machte, daß sie zwar am Nabel gewonnen, aber Lea gewonnen habe, mit anderen Worten: das Centrum habe der Reichsregierung gute Dienste geleistet, zum Dank dafür habe der preußische Cultusminister ihm den Stuhl vor die Thür gesetzt, die Consequenz müsse sein, daß die Centrumspartei nun dafür an der Reichsregierung Rache nehme — natürlich im Sinne des Bundes der Landwirthe. Die Antwort auf diesen patriotischen Vorschlag wird der Bundesleitung von der „Köln. Volks-Ztg." in folgenden Ausführungen ertheilt:

„Die Centrumspartei ist nicht naiv genug, um zu glauben, daß dieser Ausfall gegen die Regierung irgendwie aus Wohlwollen gegen die mit dem Minister Bosse unzufriedenen preußischen Katholiken und deren Forderungen hervorgegangen sei. An der Stelle, wo ein solches Wohlwollen von den Kreisen, in deren Namen die „Correspondenz des Bundes der Landwirthe" redet, wirksam hätte bethätigt werden können, nämlich im preußischen Abgeordnetenhause, haben wir recht wenig davon bemerkt, zumal nicht bei der Behandlung der Paritätsfrage. Und wir haben die Ueberzeugung, daß die preußischen Katholiken von einem solchen Wohlwollen erst recht nichts merken würden, wenn die Centrumspartei thöricht genug wäre, dem Bunde der Landwirthe bei seinen politischen und wirthschaftspolitischen Bestrebungen starke Hand zu leihen und denselben dadurch zu maßgebendem Einfluß zu verhelfen. . . . Im Uebrigen bekämpfen wir die wirthschaftspolitischen Bestrebungen des Bundes der Landwirthe nicht deshalb, um „die Firma Hammerstein-Marschall-Boetticher" vor „Liquidation" zu bewahren, wie das Organ des Bundes der Landwirthe geschmackvoll sich ausdrückt, sondern weil wir diese Bestrebungen an sich für unausführbar oder verwerflich halten. Daher insbesondere die einstimmige Stellungnahme der Reichstags-Fraction des Centrums gegen den Antrag Kanitz. Bestehen bleibt dabei, daß der ausschlaggebenden Stellung des Centrums im deutschen Reichstage von der preußischen Regierung in keiner Weise genügend Rechnung getragen und daß die Stellung der leitenden Persönlichkeiten im Reich durch eine Haltung, wie Minister Bosse sie im Preußischen Abgeordnetenhause eingenommen hat, auf die Dauer sehr erschwert werden muß. Zu unserem Theile werden wir nichts unterlassen, um hierin Wandel zu schaffen. Aber wir verzichten dabei auf die Unterstützung des Bundes der Landwirthe, schon aus dem Grunde, weil wir den Preis für diese Unterstützung zu zahlen nicht in der Lage wären."

Das ist eine Absage, wie sie schärfer nicht gedacht werden kann. Natürlich ist dem Gemeinwohl am besten damit gedient, wenn die Agrarier nicht den Ultramontanismus begünstigen und die Centrumspartei nicht die Bestrebungen des „Bundes der Landwirthe" unterstützt.

Y. **Berlin**, 14. März. (Telegramm.) Der Kaiser besichtigte heute bei den in Berlin garnisonirenden Garde-Cavallerie-Regimentern das Officiers-Reiten und nahm später das Frühstück im Kreise des Officiercorps des 2. Garde-Dragoner-Regiments ein.

Y. **Berlin**, 14. März. (Telegramm.) Die Kaiserin Friedrich empfing zur gestrigen Frühstückstafel den deutschen Botschafter in Wien, Grafen Philipp zu Eulenburg, und besuchte am Nachmittag die Gemahlin des großbritannischen Botschafters hierselbst.

= **Berlin**, 14. März. (Telegramm.) Die „Nordd. Allgem. Ztg." setzt ihre Betrachtungen über die gegen die Börsen- und die Margarine-Vorlage gerichtete Bewegung fort. Das Interesse der Regierung — so führt das officiöse Blatt aus — an dem Wohlergehen des Kaufmannsstandes habe sich bei der Eröffnung des deutschen Handelstages kundgegeben. Aber diese Antheilbezeugung habe eine Reihe von Preßorganen nicht befriedigt, da die Regierungsvertreter ihre Auffassung über die muthmaßliche Gestaltung des Börsen- und des Margarinegesetzes nicht kundgegeben hätten. Soweit es sich darum gehandelt habe, Mißverständnisse der Mitglieder des Handelstages über die einzelnen Bestimmungen beider Vorlagen zu zerstreuen, sei dies von Seiten der Regierung geschehen. Gegenüber der trotz aller Widerlegung festgehaltenen Behauptung, die Vorlagen der Regierung enthielten eine Beleidigung des Kaufmannsstandes, bleibe nur das einfache Bestreiten offen. Es berühre eigenthümlich, wenn die Regierung wegen ihrer Haltung zum Börsengesetz besonders scharf von Organen wie die „Magdeburgische Zeitung" angegriffen werde.

B. **Berlin**, 14. März. (Privattelegramm.) Wie verlautet, trat der Vorstand der Berliner Abtheilung der Deutschen Colonialgesellschaft unmittelbar nach der gestrigen Plenarsitzung des Reichstags zusammen und faßte folgende Resolution: „Die Berliner Abtheilung der Deutschen Colonialgesellschaft erwartet, daß Dr. Peters sich von den gegen ihn erhobenen schweren Beschuldigungen reinigt; denn es ist selbstverständlich, daß nur ein intacter Charakter an der Spitze einer so großen Colonialabtheilung und der Colonialbewegung stehen kann."

□ **Berlin**, 14. März. (Privattelegramm.) Die Socialdemokraten hatten am 18. März 15 öffentliche Versammlungen mit der Tagesordnung: „Der 18. März und das kämpfende Proletariat" ab; zu Referenten sind vornehmlich Reichstagsabgeordnete bestellt.

□ **Berlin**, 14. März. (Privattelegramm.) In Vertretung des Cultusministers hat der Decernent für das Volksschulwesen Geheimrath Dr. Kügler mehreren jüdischen Volksschullehrerinnen in einer Audienz den Bescheid ertheilt, daß die Verfügung, nach welcher jüdische Lehrkräfte in Zukunft ein Ordinariat nicht mehr bekleiden dürfen, nicht zurückgenommen werden könne.

— Die Reichscommission für Arbeiterstatistik trat unter dem Vorsitz des Unterstaatssecretairs Lohmann am Freitag Vormittag um 10 Uhr im Reichsamt des Innern zu einer Sitzung zusammen.

Die Berathungen betrafen die Einleitung einer Erhebung über die Verhältnisse in der Kleider- und Wäscheconfection. Es lag hierzu eine vom Reichsamt des Innern ausgearbeitete Denkschrift vor, über die die Mitglieder der Commission, Abg. Prof. Hitze und Herr v. Scheele, Director des statistischen Amtes, referirten. Als Auskunftspersonen waren geladen: Für die Kleiderconfection: 1) Kaufmann H. Rosenbaum (Herrenconfection), 2) Kaufmann Hermann Gollop, in Firma Leopold Pinn (Herren- und Knabenconfection), 3) Kaufmann M. J. Meyer (Damenconfection), 4) H. Witte, Obermeister der Damenmäntelschneiderinnung, 5) Mattched, Schneidermeister (Herren- und Knabenconfection), 6) Johannes Klimm, Schneider, 7) Friedrich Hoffmann, Schneidergeselle (Damenconfection), Mitglied des katholischen Gesellenvereins. Für die Wäscheconfection: 8) Wäschefabrikant Ritter, 9) Wäschefabrikant Dienstag, in Firma Dienstag & Wolf, 10) Peser, Zwischenmeister der Wäscheconfection, 11) Krohs, Zuschneider. Diese Auskunftspersonen gaben eine ausführliche Darstellung der Betriebsweisen in ihren Betrieben. Nach ihrer Entlassung beschäftigte sich die Commission in langer Debatte mit der Frage, wie weit die Enquete auszudehnen sei. Von der einen Seite wurde gewünscht, daß die Umfrage sich auch auf die Zustände in den Corset- und Trikotfabriken und in den Wirkereien erstrecken solle, während von der anderen Seite zur Beschränkung auf die eigentliche Confection gerathen wurde. Hierbei wurde die Ansicht laut, die Enquete hauptsächlich auf die Confection in den Großstädten zu beschränken und durch vorgeladene Auskunftspersonen im contradictorischen Verfahren vor der Commission ein Bild der Zustände zu erhalten. Zu einer Abstimmung über die entgegenstehenden Ansichten kam es nicht. Um fünf Uhr wurden die Berathungen auf Sonnabend vertagt.

— Die antisemitische „Staatsbürgerzeitung" schreibt: „Schon neulich haben wir darauf hingewiesen, daß die antisemitische Bewegung hier in Berlin einzuschlummern scheint. Unbegreiflich muß es erscheinen, daß diese „Vorstellung" des Magistrats (in Sachen der Ministerialverfügung über die jüdischen Lehrkräfte. Red. d. „L. T.") noch keinen Anlaß zur Veranstaltung von Protest-Versammlungen der christlich-deutschen Bürgerschaft gegeben hat."

— Im „Vorwärts" ist zu lesen:

„Am vierzehnten März sind es dreizehn Jahre, daß Karl Marx uns durch den Tod entrissen wurde. Es hieße den großen Todten beleidigen (?), es hieße die Arbeiter beleidigen (?), wollten wir hier sagen, was er dem Proletariat gewesen ist. Der Verfasser des Communistischen Manifestes — mit Engels zusammen —, der Gründer der „Internationalen Arbeiterassociation", der Schöpfer des „Capital", der Vater der modernen Arbeiterbewegung — das ist Karl Marx. Die Arbeiterwelt ist seine Gemeinde, und wo ein Proletarierherz schlägt und ein Proletarierhirn denkt — da wird morgen der Todestag von Karl Marx in ernster Feier begangen werden. Nicht als Tag der Trauer — Trauertage kennen wir nicht — sondern als Tag, geweiht der Dankbarkeit und geweiht dem Entschluß, im Geiste des großen Todten thätig zu sein und mit den Waffen, die er uns für die Befreiung der Arbeiter geschmiedet hat, seinen Willen zu vollstrecken."

— Bei den Anarchisten Spohr, Landauer und Weiß wurden Haussuchungen abgehalten. Es ist nichts die confiscirte Nummer Betreffendes gefunden worden.

* **Kiel**, 14. März. Capitain Oldenburg von dem Kieler Dampfer „Emma", welcher an der ostenglischen Küste mit dem französischem Barkschiff „Pacifique" collidirte, wobei neun Franzosen ihr Leben einbüßten, wurde heute vom Flensburger Seeamt freigesprochen. Das englische Admiralitätsgericht in London hatte dem Capitain Oldenburg die Schuld an der Collision beigemessen.

* **Bremen**, 14. März. Die hiesigen Malergehilfen kündigen zum Montag den Generalstreik an, wenn ihre Forderung von 25 ℳ Mindestlohn für die Woche nicht bewilligt wird.

* **Braunschweig**, 13. März. In der gestrigen Sitzung des Landtags regte der Abg. Rübland, Vorsitzender des Bundes der Landwirthe im Herzogthum, die Convertirung der gesammten kündbaren braunschweigischen Landesschuld in eine dreiprocentige an. Staatsminister Otto erwiderte, daß bei dieser Frage nicht nur die finanzielle Ersparniß, sondern auch noch andere wichtige Gesichtspuncte in Betracht kämen, auf deren Erörterung er heute nicht eingehen wolle. Im Uebrigen verweise er darauf, daß Preußen und das Reich sich bisher zu der Frage der Umwandelung ablehnend verhalten hätten.

* **Wesel**, 13. März. Die hiesige Stadtverordneten-Versammlung beschloß, dem Kaiserpaar bei seiner bevorstehenden Anwesenheit zur Einweihung des Willibrordi-Domes ein Mahl im großen Saale des Rathhauses darzubieten.

* **Andolstadt**, 13. März. Die schon drahtlich gemeldete Ablehnung des Antrages auf Erbauung einer Eisenbahn nach dem Kyffhäuser ist von dem fürstlichen Ministerium mit einer eingehenden Begründung erfolgt. Wir entnehmen ihr folgende Stellen: „Die Entfernung des Kyffhäuserburgbergs von der Stadt Frankenhausen ist so bedeutend, und andererseits seine Lage zu der nördlich durch die goldene Aue führenden großen Verkehrsstraße so günstig, daß ganz natürlich der Hauptstrom der Besucher des Kaiserdenkmals nach dessen Vollendung unter allen Umständen von Norden her kommen muß und kommen wird. Dies würde sich selbst durch eine von Frankenhausen aus herzustellende Eisenbahnverbindung nicht wesentlich verändern lassen. Jedenfalls ist die Regierung auch jetzt nicht gewillt, die vielbesungene romantische Schönheit des Kyffhäusergebirges dem nüchternen Realismus einer die herrlichen Waldungen durchschneidenden Eisenbahn zum Opfer zu bringen. Nur beiläufig braucht dabei darauf hingewiesen zu werden, daß eine solche nur mit großen Kosten herzustellende, blos auf den Personenverkehr berechnete Eisenbahnverbindung vermöge der Beschränkung des Verkehrs auf wenige Sommermonate voraussichtlich ganz unrentabel sein würde, wie sich bei Aufstellung zuverlässiger Vorarbeiten bereits gezeigt wird und bezw. von Seiten zweier Unternehmer schon anerkannt worden ist."

* **Coburg**, 14. März. Der gemeinschaftliche Landtag der Herzogthümer Coburg und Gotha ist zum 15. April hierher einberufen worden. — Zur Feier der Vermählung der Prinzessin Alexandra mit dem Erbprinzen von Hohenlohe-Langenburg werden zahlreiche fürstliche Gäste erwartet. In erster Reihe werden der Kaiser, die Kaiserin, die Kaiserin Friedrich und die Königin von England erwartet; ferner die sonstigen englischen und die russischen Verwandten des herzoglichen Paares, der Großherzog und die Großherzogin von Hessen, das Erbprinzenpaar von Rumänien u. A.

* **Stuttgart**, 13. März. Nichtöffentlich war bekanntlich die Verhandlung des Disciplinarhofes gegen den evangelischen Pfarrer Steudel von Maichingen, der wegen „Ungehorsams" angeklagt war und zur Amtsentsetzung verurtheilt wurde. Oeffentlich sprach nun vorgestern Abend der Verurtheilte über den Verlauf des geheimen Prozesses. Der Saal des Bürgermuseums war zum Erdrücken voll. Neben vielen Socialdemokraten waren auch zahlreiche Lehrer und Geistliche, Angehörige bürgerlicher Parteien und recht viele Frauen zu sehen. Den Inhalt der gegen ihn gerichteten Anschuldigungen hält Steudel für ganz unzutreffend. Er führte nach der „Nat.-Ztg." aus:

Er habe gesagt, die Bekenntnißschriften in dem Sinne deuten zu können, daß sie den ursprünglichen Lehren Jesu entsprechen. Vorgrads suchen seine Aenderungen im Widerspruch mit der Bibel. Bei seinen Aenderungen in der Confirmationslehre sei es ihm nur um seine und seiner Kinder Wahrhaftigkeit zu thun gewesen. Daß er die ihm verbotenen Aenderungen in der Liturgie doch noch vorgenommen habe, damit sei ausschließlich seine Abtheilung begründet worden. Wenn man jeden Geistlichen, der Aenderungen vornehme, eidbrüchig nennen wolle, so sei auch Prälat Gerok und der hochorthodoxe Prälat Kapff eidbrüchig gewesen. Besonders im Confirmationsunterricht erlaube sich fast jeder Geistliche Abänderungen. Er selbst habe bei der Verhandlung vor dem Disciplinarhofe im Einverständniß von Studiendirector Finckh in Eßlingen mitgetheilt, daß dieser trotz der Einsprache immer noch ändere. Und trotzdem werde Finckh so wenig in Untersuchung gezogen, wie Pfarrer Gemelin von Großaltdorf! Es sei das eben wieder ein Beispiel von der „liebenswürdigen Inconsequenz des Consistoriums", von der Prälat von Ehrlich einmal gesprochen habe. Dem Prälaten von Ehrlich wirft Steudel u. a. auch vor, daß er einen vollständig atheistisch gesinnten theologischen Candidaten mit Anführung von materiellen Bedenken habe überreden wollen, im Kirchendienst zu bleiben. Wie man auf den „Geist der Wahrheit" bauen könne, wenn man gezwungen sei, zu dulden, daß die Sacramente von Atheisten verwaltet werden! Daß man gegen ihn ein Ausnahmegesetz habe anwenden wollen, das zeige auch das Verhalten gegen den Wunsch seiner Gemeinde. Diese habe zwei Eingaben für ihn, die zweite beim König selbst, eingereicht, und doch habe der Gerichtshof nichts auf diese Bitten gegeben, sondern ihm im Gegentheil „Verletzung der Rechte" seiner Gemeinde zur Last gelegt. Ganz anders sei bekanntlich das Verhalten im Fall Schrempf gewesen, der auf die Eingaben seiner Gemeinde hin um sein Amt kam. Dieser Widerspruch zeige deutlich die Willkürlichkeit des Verfahrens. Mit großer Schärfe wendet sich der Redner auch gegen die Nichtöffentlichkeit des Verfahrens. Er ist überzeugt, daß bei öffentlicher Verhandlung das Urtheil anders ausgefallen wäre. Seine Auffassung sei eben schon im Voraus bestimmt gewesen und deshalb durchgesetzt worden. Zudem seien zwei der Richter, der Vorsitzende Consistorialpräsident Frhr. v. Gemmingen und Prälat Dr. v. Wittich, Richter in eigener Sache gewesen, so daß er ein gerechtes Urtheil nicht habe erwarten können. Die grundverschiedene Behandlung des Stadtpfarrers Finckh in Eßlingen sei an sich schon für ihn Grund genug gewesen, um das Mißtrauen in die Unparteilichkeit des Consistorialpräsidenten zu rechtfertigen. Alles in Allem erhebt Steudel grundsätzlich Widerspruch gegen das ganze Verfahren, dem er unterworfen worden ist. Er werde das Urtheil niemals als ein rechtmäßiges ansehen können.

Wenn die Vorwürfe, die Steudel den Disciplinarrichtern gemacht hat und die hier nur im bescheidensten Maße wiedergegeben wurden, ohne Antwort bleiben, so kann das Stillschweigen nur als Zeichen der Unmöglichkeit der Ablehnung aufgefaßt werden.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 14. März. (Telegramm.) Graf Goluchowski ist hier heute früh wieder eingetroffen.

* **Wien**, 14. März. (Telegramm.) Der Wahlreformausschuß nahm den Paragraphen 9a in der von Groß beantragten Fassung an. Nach demselben ist in der allgemeinen Wählerclasse jeder eigenberechtigte männliche Staatsbürger, welcher das 24. Lebensjahr vollendet und vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen ist, in jener Gemeinde wahlberechtigt, in welcher er an dem Tage der Ausschreibung der Wahl seit wenigstens 6 Monaten sesshaft gewesen ist. Bei Paragraph 9b, welcher die Ausschließung der im Dienstverbande stehenden und mit dem Dienstherrn in Hausgenossenschaft lebenden Personen verfügte, erklärt der Ministerpräsident, die Regierung wende nichts gegen die Streichung des Paragraphen ein, worauf derselbe mit 19 gegen 5 Stimmen abgelehnt wurde.

Frankreich.

* **Paris**, 13. März. Im Proceß Lebaudy suchte der Staatsanwalt darzuthun, daß alle sieben Angeklagte der Erpressung überführt seien, und beantragte, Alle schuldig zu sprechen, die Bemessung der Strafen dem Gerichtshofe überlassend.